

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9359 –

Engagement der Bundesregierung für die europäische Klimapolitik

Vorbemerkung der Fragesteller

Beim letzten Umweltministerrat am 9. März 2012 in Brüssel ist eine politische Einigung zur europäischen Klima-Roadmap vor allem am Widerstand Polens gescheitert. Strittig sind vor allem die mittel- und langfristigen Reduktionsziele, die auf dem Weg in eine CO₂-freie Wirtschaft erreicht werden sollen. Polen wehrt sich gegen ambitionierte und verbindliche Klimaziele, da das Land insbesondere bei der Stromerzeugung derzeit massiv von der klimaschädlichen Kohle abhängig ist. Nach dem Vorschlag für die europäische Klima-Roadmap sollen die EU-Staaten ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 25 Prozent senken, bis 2030 um 40 Prozent und bis 2040 um 60 Prozent.

1. Was hat die Bundesregierung unternommen, um Polen zu einer Zustimmung zur Roadmap 2050 zu bewegen?

Hat es konkrete Angebote an Polen gegeben, und wenn ja, welche?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Bedenken Polens noch bis zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni 2012 auszuräumen?

Was plant die Bundesregierung diesbezüglich?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung befindet sich in einem konstruktiven klima- und energiepolitischen Dialog mit Polen über Strategien zum Übergang in eine wettbewerbsfähige, CO₂-arme Wirtschaft. Ob es dabei auch gelingt, die Bedenken Polens zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ auszuräumen, hängt von weiteren Gesprächen ab und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

3. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die internationale Klimapolitik und insbesondere auf die in Durban gefundene Koalition mit den Entwicklungsländern (LDC), sollte sich die EU weder auf eine anspruchsvolle Roadmap 2050 noch auf eine Anhebung des Klimaziels auf 30 Prozent bis 2020 verständigen können?

Die Bundesregierung und die EU legen großen Wert auf Klimadiplomatie, um Fortschritte in den internationalen Klimaverhandlungen zu erreichen. Der Erfolg des Klimagipfels in Durban hat gezeigt, wie schlagkräftig eine Allianz der EU und anderer engagierter Industrieländer mit proaktiven Entwicklungsländern wirken kann. Diese Allianz will die Bundesregierung auch in Zukunft nutzen, um ein Momentum für ein neues, globales Klimaschutzabkommen aufzubauen, das alle Staaten zu Minderungen bzw. der Begrenzung von Treibhausgasemissionen verpflichtet. Eine anspruchsvolle Klimapolitik auf nationaler wie auf EU-Ebene ist ein wichtiges Element für die Bemühungen der Bundesregierung, politische Unterstützung für ein anspruchsvolles internationales Anspruchsniveau und schnelle Fortschritte in den Verhandlungen zu erreichen.

4. Sieht die Bundesregierung bei fehlender Einstimmigkeit die Möglichkeit, durch Maßnahmen, die nur eine qualifizierte Mehrheit benötigen, die Klimapolitik der EU voranzubringen, und wenn nein, warum nicht?
5. Für welche Maßnahmen aus den Bereichen der Energie- und Klimapolitik sieht die Bundesregierung eine qualifizierte Mehrheit in der EU?
6. Strebt die Bundesregierung an, bei fehlender Einstimmigkeit auf der politischen Ebene, Maßnahmen im Bereich der Energie- und Klimapolitik auch mit Hilfe einer qualifizierten Mehrheit durchsetzen zu wollen?

Die Fragen 4 bis 6 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung wird sich zum gegebenen Zeitpunkt mit der Frage auseinandersetzen, ob und in welchen Bereichen bei fehlender Einstimmigkeit auf der politischen Ebene, Maßnahmen im Bereich der EU-Energie- und Klimapolitik auch mit Hilfe einer qualifizierten Mehrheit durchgesetzt werden sollten und wie dies am besten bewerkstelligt werden könnte.

7. Welche Auswirkungen (u. a. auch auf die Kosten) sieht die Bundesregierung für das Erreichen des deutschen 40-Prozent-Ziels bis 2020, sollte die EU sich nicht auf ein 30-Prozent-Ziel einigen können?

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Dazu sollen EU-weite und nationale Maßnahmen und Politiken beitragen. Sollte sich die EU nicht auf eine Zielverschärfung einigen können, wird die Bundesregierung die Erreichung ihres Minderungsziels durch nationale Maßnahmen sicherstellen. Die Bundesregierung bereitet derzeit eine neue Emissionsprojektion vor.

Für den Fall, dass sich die EU nicht auf eine 30-prozentige Minderung gegenüber 1990 einigen kann, hängen die Kosten für das Erreichen des deutschen 40-Prozent-Ziels von einer Vielzahl von derzeit noch ungewissen Faktoren ab, wie zum Beispiel der zukünftigen Entwicklung des Wirtschaftswachstums, dem Investitions- und Innovationstempo, der Entwicklung der Energiepreise auf den Weltmärkten und des damit zusammenhängenden CO₂-Preises.